



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 4.

Berlin, den 28. April 1918.

13. Jahrgang.

Große Siege, viel Steuern, wenig Rechte.

Berlin, den 23. April 1918.

Der Steuersegen.

Die vielgelästerte deutsche Staatsbürokratie weiß in manchen Dingen mit bewundernswerter Präzision zu arbeiten. Zu fast zur selben Zeit, in der sie daran ging, den großen Reklameapparat für die achte Kriegsanleihe abzubauen, keine Minute früher oder später, ließ sie ihre neue Steuervorlage auf das liebe, brave deutsche Volk los. Dieser Zahlungsbefehl auf die große, noch lange nicht abgeschlossene Kriegsrechnung hätte vorher auf die Zeichnungsbegeisterung vieler naiver Staatsbürger abkühlend wirken können, ein weiteres Hinausschieben der Steuerbeschaffung wäre aber angesichts des großen Mißverhältnisses zwischen Soll und Haben im Reichshaushalt nicht angängig gewesen. Denn die großartigen Bumperfolge der Kriegsanleihen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Finanz- und Steuerpolitik Deutschlands auf sehr schwachen Füßen steht. Je mehr und je öfter Kriegsanleihen ausgeschrieben werden, und je länger täglich 180 Millionen Mark für militärische Zwecke ausgegeben werden müssen, — diese Ausgaben werden mit der Länge des Krieges immer größer statt kleiner — desto mehr muß zur Deckung der Zinsen und zur Bezahlung der anderen stattlichen Kriegsrechnungen die Steuerschraube angezogen werden. Und da die Bundesstaaten eifersüchtig darüber wachen, daß ihnen das Reich nicht in ihr Privileg der direkten Steuern eingreift, da es weiter in Deutschland Regierungsgrundgesetz ist, das höhere Einkommen, Vermögen, die Erbschaften usw. nicht allzu hart anzufassen, so werden die Massen des arbeitenden Volkes mit Steuerlasten bedacht werden, gegen die ihre Steuerleistungen vor dem Kriege nur armelige Bettelpfennige waren.

Wir können bei unserem beschränkten Raum nicht auf die einzelnen Gesehe der neuen Vorlage und auf deren steuertechnische Eigenart eingehen. Wir raten aber unseren Lesern dringend, sich über die Steuerberatungen des Reichstages in der Tagespresse zu informieren. Ein klares Bild von der Stellung unserer Partei werden sie nur in der Unabhängigen Parteipresse, vor allem der „Leipziger Volkszeitung“, erhalten, da die bürgerliche und regierungsozialistische Presse systematisch die Ausführungen der unabhängigen Abgeordneten verkürzt, entstellt oder gar totschweigt. Auf keinen Fall darf man sein Urteil über das Verhalten der Unabhängigen Fraktion auf die tendenziösen Berichte der gegnerischen Presse aufbauen. Wir wollen an dieser Stelle nur einige allgemeine Gesichtspunkte herausgreifen, die für das Proletariat bei Beurteilung der Steuerfragen von Bedeutung sind.

Die in der Vorlage zusammengefügten Steuer-gesetze verlangen mit einer einzigen, geringfügigen Ausnahme Steuerleistungen, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung indirekte Steuern sind. Rund 3 Milliarden Mark sollen durch sie aufgebracht werden. Aber obwohl es sich um die größte Steuerforderung handelt, die jemals dem Reichstage vorgelegt wurde, wird sie angesichts der ungeheuren Kriegsrechnung nur wirken wie der Tropfen auf den heißen Stein. Harmlose und politisch naive Gemüter — und nirgends ist die politische Verständnislosigkeit größer als gerade in Steuerfragen — haben bei der oberflächlichen Betrachtung der Gesehentwürfe gemeint: Luxussteuern, Weinsteuern usw. bezahle ich als armer Teufel ja doch nicht, die Sache ist also nicht so schlimm. In Wahrheit liegen die Dinge aber so: Schon diese Steuer-gesetze geben die Gewißheit, daß die Steuerungsverhältnisse der Kriegszeit auch zu einem Dauerzustande der Friedensjahre werden. Das arbeitende Volk muß auf lange

mit einer Verteuerung seiner Lebenshaltung rechnen, seine Nahrung, seine Kleidung, seine Wohnung usw. werden ihm durch die Umsatzsteuer usw. derart verteuert, daß das Wort vom „Noisfrieden“, das der frühere Reichskanzler Michaelis kürzlich geprägt hat, seine volle Berechtigung haben wird. Nimmt man dann noch hinzu, daß nach Friedensschluß auch die Kriegsindustrie und damit die unter dem Kriegszwange gezahlten Kriegslöhne ein Ende haben, ja daß man schon jetzt in vielen Kriegsbetrieben systematisch am Abbau der Kriegslöhne arbeitet, daß ferner die Kriegsunterstützungen wegfallen, daß der Uebergang zur Friedenswirtschaft für die Arbeiterschaft alle möglichen Gefahren in bezug auf Arbeitsmöglichkeit u. dergl. bringen wird, so wird den einsichtigen Arbeitern und Arbeiterinnen klar werden, daß sie die Steuerabsichten der Regierung nicht auf die leichte Achsel zu nehmen haben. Sie haben auch den anderen, weniger geschulten Arbeitern klar zu machen, daß es sich hier nicht um Dinge handelt, mit denen sich die Reichstagsabgeordneten rumplagen mögen, sondern daß es sich dabei um das Lebensinteresse jedes Einzelnen handelt.

Es wird allerhöchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse alle die Illusionen über eine politische und soziale „Neuorientierung“, die der Regierungsozialismus in ihr gezüchtet hat, davon jagt und sich nicht mehr mit Versprechungen abspeisen läßt. Das Schicksal des Preußenwahlrechts zeigt, was von solchen Versprechungen zu halten ist. Noch klingen uns die Worte der Regierungsvertreter in den Ohren, mit denen sie 1916 versicherten, daß die Erhöhung der Portosätze nur eine ganz kurze und vorübergehende Erscheinung sein würden. Zwei Jahre später sollen diese Portoabgaben von neuem erhöht und damit der Verkehr um viele Millionen verteuert werden. Dabei hat man den Verkehr in diesen Tagen ohne Mitwirkung des Parlamentes durch Erhöhung der Eisenbahn- und Straßenbahntarife schon ungeheuer belastet.

Nicht zuletzt soll der Arbeiterklasse bei dieser Steuervorlage das ganze Elend des deutschen Verfassungsliebens zum Bewußtsein kommen. In keinem Lande der Welt herrscht eine solche Steueranarchie wie in Deutschland. Das Reich, die Bundesstaaten, die Gemeinden, sie alle wirtschaften nach verschiedenen Steuer-systemen und Steuergrund-sätzen. Allein das technische Kunterbunt dieses verworrenen Steuerapparates kostet jahraus jahrein an Arbeit, Personal usw. Riesensummen. Wenn das Reich den Steuerzahler in der Hauptsache auf indirektem Wege schröpft, zwackt ihm das engere Vaterland und die Gemeinde das Geld auf direktem Wege ab, wobei sie allerdings auch nicht ganz auf die indirekte Steuer-schraube verzichten. Die Verfassung des Deutschen Reiches entspricht vielleicht der historischen Situation vor 47 Jahren. Im Weltkrieg hat sich die bundesstaatliche Zerrissenheit schon in bezug auf die Volksernährung als unheilvoll erwiesen, die Steuernot macht sie überhaupt unhaltbar.

An der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verfassungszustände sind aber zahlreiche dynastische, agrarische und kapitalistische Kreise interessiert, diese sind es auch, die das Reich immer und immer wieder auf den Weg der indirekten Besteuerung, d. h. zur Herabdrückung der Lebenshaltung der breiten werktätigen Massen drängen. Und wenn kürzlich ein Wortführer des Großkapitals, der Generaldirektor der Kruppwerke, Herr Eugen Berg, erklärte, daß seine Klassengenossen kein Interesse an der Erhaltung „des kostspieligen Apparates der Einzelstaaten“ hätten, falls Preußen ein wirklich freies Wahlrecht erhielte, so hat die Arbeiterklasse erst recht aus hundert anderen, schwerwiegenden Gründen kein

Interesse an der Beibehaltung dieses kostspieligen und ihre Entfaltung hemmenden Apparates.

Auf dem richtigen Wege.

Unter dieser Ueberschrift hat Herr Scheidemann in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ einen auf-geregten Artikel veröffentlicht, in dem er die Sünden der Unabhängigen in ihrer ganzen Scheußlichkeit aufdeckt, um auf diesem dunklen Hintergrunde die politische Weisheit und die großen „Erfolge“ seiner Partei in desto hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Der Artikel ist so schön, daß wir uns vorbehalten, ihn in seinem vollen Inhalte unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Obwohl selbst gute Freunde und Befolgsmänner Scheidemanns zu der trüb-seligen Erkenntnis gekommen sind, daß die regierungsozialistische Politik vor einem Scherbenhügel stehe, ist Herr Scheidemann fest davon überzeugt, daß seine Politik allein kriegsverkürzend gewirkt und der Arbeiterschaft und dem Sozialismus Heil gebracht habe. Nur die verbohrtten Staatsmänner der Entente und deren Helfershelfer, die deutschen Unabhängigen, seien schuld daran, wenn der Regierungsozialismus neben seinen vielen glänzenden Erfolgen auch einige Mißerfolge zu buchen hat. „Von Tagesstimmungen dürfen wir uns nicht beeinflussen lassen“, sagt ausgerechnet Herr Scheidemann und versichert, daß er „auf dem richtigen Wege“ weiter wandeln werde. Derselbe Scheidemann, der vor Jahresfrist, unbeeinflusst von Tagesstimmungen, laut verkündet hat, daß der Frieden, den die Welt und der Sozialismus brauche, nicht durch die Schwertentscheidung herbeigeführt werden könne, und der heute, wiederum unbeeinflusst von Tagesstimmungen, den heißen Wunsch hat, daß die großen Siege im Westen den Frieden bringen, natürlich einen Frieden, wie er den Forderungen des Sozialismus entspricht, denn ein anderer kommt ja für einen grundsatztreuen Sozialisten wie Scheidemann nicht in Betracht. Erklärt er doch selbst, daß es eine Ver-sündigung am Sozialismus wäre, wenn seine Partei „den richtigen Weg“ verlassen würde.

Inzwischen geht die deutsche Regierung auch auf dem Wege weiter, den sie für den richtigen hält. Wir meinen mit Regierung nicht die Leute, die zufällig verantwortlich zeichnen, sondern die Kräfte und Kreise, die die Regie in den Händen haben. Von dieser Seite aus werden die Dinge im Osten Zug um Zug auf der Bahn weiter geschoben, die jedem vorurteilslosen Politiker klar war und die nur die ahnungslosen Scheidemannier nicht sehen wollten. Dort im Osten soll jetzt ein großes baltisches Reich, einschließlich Livland und Estland, geschaffen und unter die Regierung des Hauses Hohenzollern gestellt werden. Schon zur Zeit, als die Scheidemannier noch im vollen Rausche ihrer Juliresolution dahinlebten, existierten Publikationen, aus denen dieser Plan klar und deutlich hervorging, von anderen Vorzeichen ganz abgesehen. Sache der Geheim-diplomatie war es, diesen Plan in geschickten Schachzügen zur Durchführung zu bringen. Die Scheidemannier waren so vernarrt in die Diplomatenkunst eines Kühlmann und Czernin, daß sie nicht merkten, was gespielt wurde. Darum zogen sie auch mit Lakaien-eifer den dicken Trennungstrich zwischen sich und den Bolschewiki.

Jetzt geht das politische Schachspiel im Osten seinem Ende entgegen, und wenn es auch, soweit Livland und Estland in Frage kommen, den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderläuft, so kann sein Ausgang nicht zweifelhaft sein. Die Landesräte der baltischen Provinzen, d. h. die Wortführer der dünnen Oberschicht des deutschen bal-

tischen Adels und der deutschen Bourgeoisie, haben eine Deputation in das große Hauptquartier entsandt und dem Kaiser den Wunsch unterbreitet, die baltischen Provinzen en bloc dem deutschen Reiche einzuverleiben; der deutsche Kaiser soll gleichzeitig Herrscher des Baltischen Reiches werden. Der Reichszankler hat der baltischen Deputation Erfüllung ihrer Wünsche zugesagt. Und der Reichstag wird nach allen bisherigen Proben seines Mutes Ja und Amen dazu sagen. Was für politische Konsequenzen das nach sich ziehen, welche Rüstungslasten und Konfliktsmöglichkeiten dieses Vorgehen haben wird, kommt nicht in Betracht. Ebensovienig die Tatsache, daß den vielen Millionen Esten, Litauern, Letten, Polen usw., ohne gefragt zu werden, eine Staatszugehörigkeit aufzuzwängen wird, zu der sie nicht die mindeste Neigung haben. Annektiert wird im Osten nicht, beileibe nicht, nur der eigene brennende Wunsch der baltischen „Völker“ verschafft Deutschland, das nicht von Eroberungslust getrieben wird, eine stattliche Anzahl neuer Provinzen.

Die preussische Scheinreform.

Von Heinrich Ströbel.

1. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Am 30. April beginnt im Plenum des Abgeordnetenhauses die zweite Lesung der preussischen Wahlreform. Was diese Lesung bringen wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Die Regierung rechnet, wie der Freisinn beteuert, mit der Wiederherstellung der Regierungsvorlage in Sachen des gleichen Wahlrechts, während die Rechte anscheinend die Annahme des von der Kommission beschlossenen Pluralwahlrechts für wahrscheinlich hält. Sollte sich aber die Erwartung der Rechte erfüllen, so erwartet ein Teil des Zentrums für die dritte Lesung ein Kompromiß zwischen Zentrum und Konservativen einerseits und diesen Kompromißparteien und der Regierung andererseits. Der Freisinn dagegen hofft, daß die Regierung schon nach der Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der zweiten Lesung das Haus auflösen und Neuwahlen ausschreiben werde.

Wir wollen uns nicht unter diese Propheten mischen, sondern einfach zeigen, wie die Wahlreform aussieht, mit der im einen wie im andern Falle das preussische Volk beglückt werden würde. Denn die Erkenntnis, daß es sich in jedem Falle um nichts als eine klägliche Scheinreform handeln würde, erscheint uns für die Erlämpfung einer wirklichen Wahlreform viel wichtiger, als alle Spekulationen darüber, ob und wie man die Massen mit dem Trugbilde des „gleichen“ Wahlrechts abspenken kann, ohne daß die Dauerherrschaft des Junkertums und der Großbourgeoisie, der Bürokratie und der Geistlichkeit auch nur im geringsten zu erschüttern.

Die Verfassungskommission hat mit 19 gegen 16 Stimmen das Pluralwahlrecht beschlossen. Und zwar soll je eine Zusatzstimme gewährt werden auf Grund des Lebensalters und der Kinderzahl, des Vermögens, des Einkommens, der „selbständigen Erwerbstätigkeit“, der Schulbildung, der Militär- und Beamtenzeit. Diejenigen Wähler, auf die sämtliche Voraussetzungen zutreffen, können also ein sechs- bis siebenfaches Wahlrecht ausüben.

Selbst die Regierung hat erklärt, nicht einmal, sondern wiederholt, daß dies Mehrstimmwahlrecht ein plutokratisches Wahlrecht sei, das dem Geldsack ein unerträgliches Vortrecht einräume. Das trifft selbst für die Zusatzstimmen für die Fünfzigjährigen zu, die obendrein noch drei über vierzehn Jahre alte eheliche Kinder besitzen müssen. Denn es ist eine ganz bekannte, durch die Statistik erwiesene Tatsache, daß die schwer arbeitenden Proletarier nur ein weit geringeres Durchschnittsalter erreichen als die Angehörigen der besitzenden Klasse. Zehntausende raffen als Jährlich allein Berufsunfälle hinweg, von der gewaltigen Sterblichkeit infolge der Tuberkulose und anderer Proletariertkrankheiten gar nicht zu reden. Ebenso verwerflich ist das Wahlprivileg nach der Kinderzahl. Für eine vernünftige Volksvermehrung sorgt man hundertmal besser durch eine energische Hebung der breiten Massen, durch vermehrten Jugendschutz, durch Verbesserung der Schulen, durch Verminderung der indirekten Steuern und durch Gewährung des Wahlrechts an alle Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben!

Dann sollen diejenigen eine Zusatzstimme erhalten, die mindestens 6000 Mark Vermögen besitzen. Nach den Berechnungen des Ministers des

Innern selbst würden von den 1 650 000 Wählern dieser Kategorie nur ein Zehntel auf die Sozialdemokratie entfallen, die doch ein Drittel aller Wähler umfaßt! Dasselbe Verhältnis ergibt sich für die Zusatzstimmen für ein Einkommen von 3000 Mark. So will man also durch künstliche Vermehrung der Stimmen der Besitzenden und künstliche Verminderung der Stimmen des Proletariats das Wahlergebnat verfälschen, um die reaktionäre Politik zum Schaden der breiten Massen fortsetzen zu können. Und genau die gleiche Tendenz liegt der Gewährung der Zusatzstimme für die Arbeitgeberbereitschaft zugrunde, die die Ausbeutung fremder Arbeitskraft mit mindestens doppeltem Stimmrecht belohnt.

Ein Geldsackprivileg ist auch die Zusatzstimme für die höhere Bildung, da die höhere Schulbildung ja nur den Bessersituierten zugänglich ist. Wenn aber künftig auch Personen mit zwölfjähriger militärischer Dienstzeit eine Pluralstimme gegeben werden soll, so ist das nichts anderes, als die fröhliche Wiederkehr des vielverhöhten Unteroffizierprivilegs, das schon in der Wahlrechtsvorlage von 1910 eine so abgeschmackte Rolle spielte.

Dies Pluralwahlrecht hat die Regierung bisher mit Entschiedenheit für völlig unannehmbar erklärt. Es ist also damit zu



Feldpost.

Um unseren Freunden im Felde auch fernerhin die Möglichkeit zu geben, das Mitteilungsblatt weiter zu lesen, haben wir ein

Feldpostabonnement

eingerrichtet. Wir senden gegen Einsendung von 1,30 M. pro Vierteljahr das Mitteilungsblatt unseren Genossen im Felde direkt zu.

Bestellungen sind zu richten an die Expedition des Mitteilungsblattes Richard Herdt, Schilderstraße 5.

Adressenänderungen bitten wir umgehend an uns gelangen zu lassen.



rechnen, daß es bei dem „gleichen“ Wahlrecht bleibt. Erhält aber dadurch die Vorlage eine wesentlich besseres Aussehen? Keineswegs! Denn erstens wird die politische Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses durch das in seinen Machtbefugnissen erweiterte Herrenhaus und durch neue Vortrechte der Krone wieder vollends lahmgelegt, und zweitens enthalten auch die Wahlrechtsbestimmungen für das Abgeordnetenhaus selbst so viel Beschränkungen des gleichen Wahlrechts, daß die ganze Reform schließlich nur auf eine plumpe Täuschung der Volksmassen hinausläuft.

Schon der § 1 der Vorlage betr. das Abgeordnetenhaus ist kennzeichnend für den durchsichtig reaktionären Charakter der traurigen Scheinreform. Enthält er doch die ärgsten Verschlechterungen des bestehenden Zustandes, so grobe und unerblickliche Verschlechterungen, daß auch der Gutgläubigste begreifen muß, daß die Absicht obwaltet, einen erheblichen Bruchteil der Minderbemittelten des Wahlrechts zu berauben. Da wird gefordert, daß das Alter für die Wahlberechtigung um ein Jahr erhöht, von 24 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden soll. Dadurch werden mehr als 400 000 bisher wahlberechtigte Preußen des Wahlrechts verlustig erklärt! In jedem Wahljahr sind es natürlich andere Wähler, aber jedesmal bleibt fast eine halbe Million Männer zwischen 24 und 25 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Und mit bewußt reaktionärer Absicht, da man weiß, daß gerade das jugendliche Mannesalter eine besondere Empfänglichkeit für die Ideen des sozialen Fortschritts besitzt.

Eine weitere Verschlechterung sogar des gegenwärtigen Zustandes bringt der § 1 durch die Bindung des Wahlrechts an eine dreijährige Staatszugehörigkeit. Auch diese Bestimmung trifft bewußtmaßen die Besitzlosen. Denn da Preußen der größte und entwicklungsfähigste deutsche Industriestaat ist, sind es in erster Linie

Arbeiter, die nach Preußen einwandern. Und diese Arbeiter sollen erst mindestens drei Jahre, eventuell gar acht Jahre lang die preussischen Unternehmern bereichern, sollen drei bis acht Jahre lang jeder Art der Besteuerung unentworfen sein, bevor sie einmal ihr Wahlrecht ausüben dürfen!

Die Herabdrückung der Arbeiter zu Bürgern minderen Ranges offenbart sich in der ferneren Bestimmung des § 1, daß nur derjenige das Wahlrecht ausüben darf, der seit einem Jahre in der Gemeinde, beziehungsweise, wenn die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke zerlegt ist, in dem Wahlbezirke wohnt. Daß das in erster Linie eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter ist, ergibt die einfachste Überlegung. Denn wen trifft sie? Etwa die Rittergutsbesitzer oder Bauern? Oder die Industriellen und Geschäftsleute? Oder die Handwerksmeister und Hausbesitzer? Nein: alle Besitzenden, die im warmen Neste sitzen, werden von dieser Bestimmung nicht getroffen. Dagegen verlieren zahllose Arbeiter ihr Wahlrecht, die auf der Suche nach Arbeitsgelegenheit ihren Wohnsitz verändern, ja nur ihre Wohnung aus einem Stadtviertel oder Vorort nach dem andern verlegen mußten. Wer aus Berlin N. nach Berlin O. verzieht oder von Neukölln nach Schöneberg, geht seines Wahlrechts verlustig, sobald sein Umzug in das Wahljahr fällt. In der krassen Ungerechtigkeit dieser Bestimmung wird dadurch auch nicht das geringste geändert, daß sie bei der erstmaligen Wahl für Kriegsteilnehmer nicht gelten soll. Denn bei der zweiten und jeder folgenden Wahl werden auch die Kriegsteilnehmer, die Verwundeten und Kriegsinvaliden genau so die schönen Bestimmungen des § 1 zu spüren bekommen wie alle übrigen Proletarier.

Ein wahrer Hohn auf das gleiche Wahlrecht aber ist, daß die empörend ungleichartige und ungerechte Wahlkreiseinteilung so gut wie unverändert bleiben soll!

Die heutige Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1800, ist also 58 Jahre alt. In dieser Zeit hat sich die Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke ungeheuer vermehrt, während sie in den vorwiegend agrarischen Landesteilen fast unverändert geblieben ist. Die Bevölkerung der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen zum Beispiel hat sich mehr als verdoppelt, während Ostpreußen nur um 12 Prozent, Pommern nur um 16 Prozent an Bevölkerung zugenommen hat. So ist es denn gekommen, daß zwölfsechshalb Millionen Preußen, die vorwiegend im Osten wohnen, 222 Abgeordnete wählen können, während die übrigen mehr als doppelt so zahlreichen Preußen sich mit 221 Abgeordneten begnügen mußten. In den zwanzig größten preussischen Wahlkreisen entfielen mehr als 53 000 Wähler auf je einen Abgeordneten, während in den zwanzig kleinsten Wahlkreisen auf je 8300 Wähler ein Abgeordneter kam!

Und was soll nun an dieser himmelschreienden Entrechtung der großstädtischen Wähler, der Industriearbeiter, geändert werden?

Zwölf Wahlbezirke sollen je einen Abgeordneten mehr erhalten, das ist die ganze Gerechtigkeit! Auch soll künftig nur dann ein Wahlbezirk Anrecht auf einen Abgeordneten mehr erhalten, wenn er die Zahl von 250 000 Einwohnern überschreitet. Während also mehrere hundert überwiegend ländliche, reaktionär vertretene Wahlkreise nach wie vor schon für weniger als 100 000 (häufig schon für 50 und 60 000) Einwohner einen Abgeordneten wählen können, bleibt für die Großstädte und Industriebezirke die Norm, daß erst auf 250 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt!

Und dieser Zustand, der das „gleiche“ Wahlrecht zu einer Farce macht, soll verewigt werden. Der § 24 Absatz 2 soll nämlich folgende Fassung erhalten:

„Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten auf die Wahlbezirke erfolgen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Flächenausdehnung, sowie der geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Wahlbezirke.“

Und damit diese skandalöse Wahlkreiseinteilung künftig ja nicht einmal geändert werden kann, wollen die reaktionären Parteien in das Wahlgesetz auch noch die Bestimmung hineinbringen, daß Verfassungsänderungen nur noch mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können! Und wenn die Absichten des Zentrums verwirklicht werden, sollen auch durchgreifende Veränderungen unseres Schul- und Kirchenwesens künftig nur mit

Zweidrittelmehrheit zum Beschluß erhoben werden können!

Die Konservativen haben diesen Wünschen des Zentrums bisher nur deshalb ihre Zustimmung versagt, um ihm das gleiche Wahlrecht völlig zu verweigern. Kommt es aber zu einem Kompromiß zwischen Mehrheit und Regierung, so werden diese verfassungsmäßigen „Sicherungen“ natürlich angenommen. Das „gleiche“ Wahlrecht ist dann vollends zum Vopanz geworden, mit dem man nur politischen Kindern ein Verlangen machen kann!

Schusterle.

Die anlässlich des letzten deutschen Massenstreiks dem Spießbürgertum vorgelegten Behauptungen ausländischer Einwirkung und Geldunterstützungen, Behauptungen, deren Abwehr mit ihrer Niederträchtigkeit weitestgehend, hat auf Volkseigenen mit schlechter Erfindungsgabe befruchtend gewirkt. Der konservativen Presse, „Tägliche Rundschau“, „Post“ usw. wurde „von beachtenswerter Seite“ eine „Anleitung zur Verteilung von Flugblättern“ zur Veröffentlichung übergeben, die im neutralen Zustand „aufgehoben“ sein soll.

Das Nachwort weist nicht weniger als 14 Paragraphen auf. Aber lassen wir es lieber im Wortlaut selber wirken, als Zeichen unserer „großen Zeit“ und Dokument ihres niedrigen Polizeigeistes:

1. Man benutzt die Flugblätter als mehrfaches Einwickelpapier für Brot und sonstige Waren. Hat man in der Bahn, in einer Werkstatt oder an einem anderen Orte Soldaten oder Arbeiter vor sich, so sucht man mit den Leuten Fühlung zu bekommen und spricht durchaus deutsch freundlich. Schließlich wickelt man das Brot usw. aus und legt das Papier anscheinend achsellos beiseite. Nach einer Weile greift man unauffällig nach dem Papier, liest es zuerst für sich, stellt sich sehr erstaunt und weist dann auf den Inhalt des Einwickelpapiers hin. Danach ist baldige Entfernung das Beste.
2. Man sucht in jeder Stadt die Adressen von besseren Arbeitern, ihren Freunden und Verwandten aus und läßt ihnen die Flugblätter durch die Post zugehen (geschlossener Brief) oder werfe sie in die Briefkästen.
3. Ebenso sucht man die Frauen gefälliger Arbeiter in Erfahrung zu bringen und läßt ihnen die Drucksachen zugehen. Solche Frauen können manchmal zur Verbreitung viel beitragen.
4. Man mache sich an die Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Kriegsindustrrie beschäftigt sind, heran und versuche, ihre Gespräche zu erfassen. Ist diese Gesinnung ehrlich oppositionell, so versuche man, ihnen die Flugblätter zur Verbreitung in ihrem Betriebe mitzugeben. Nie vertraue man sich nach kurzer Bekanntschaft an!
5. An Urauber, die wieder an die Front gehen, macht man zweckmäßige Geschenke: Zigaretten, Pfeifen, Tabak usw. und wickelt diese Gegenstände in die Flugblätter ein. Auch kann man dabei kleine Mengen Flugblätter, die sich nicht zum Einwickeln eignen, dazugeben. Bei dem Befehdsbedürfnis der Soldaten wird sicher alles gelesen.
6. In der Bahn, in Restaurants und an allen Orten, wo Arbeiter und Soldaten verkehren, lasse man unauffällig einige Flugblätter zurück.
7. Man halte sich genau an die Ratschläge des deutschen Vertrauensmannes, und bespreche alle Unternehmungen erst mit ihm. Wo kein Vertrauensmann zu finden ist, wende man sich an die Vertrauensleute der unabhängigen sozialdemokratischen Partei!
8. Wichtig ist, unter den Soldaten Vertrauensleute zu werben und anzuleiten. Dies gelingt bei Uraubern, die schon Sozialdemokraten sind, ziemlich leicht. Durch den ersten Vertrauensmann kann man dann vielfach noch einen zweiten und dritten heranziehen.
9. Wie trage man eine größere Anzahl von Flugblättern bei sich, und man Sorge immer dafür, daß man bei unvorhergesehenen Fällen gegen die Polizei gedeckt ist. Es ist also gut, die Flugblätter immer so zu tragen, daß man für deren Besitz eine entschuldigende Ausrede hat.
10. Bei politischen Versammlungen spiele man einer möglichst großen Anzahl Personen Flugblätter in die Hand.
11. Es ist alles so organisiert, daß die Tätigkeit eines jeden Vertrauensmannes von uns direkt überwacht wird. Nur wer seine Pflicht getan hat, erhält die vereinbarte Summe ausbezahlt.
12. Bei dieser Organisation ist es auch sicher, daß den Verräter die sichere Vergeltung trifft. Jeder Vertrauensmann steht unter dauernder persönlicher Überwachung.
13. Diese Anleitung ist öfters durchzulesen und dann an den Vertrauensmann zurückzugeben.
14. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!

Der an Verfolgungswahn sinn leidende Verfasser dieses Nachwortes stellt sich in erster Reihe in den Dienst der von dem ganzen bürgerlich-regierungssozialistischen Küniglein verübten Unabhängigen Sache. Er stellt aber zugleich der „Einheit der inneren Front“ ein seltsames Zeugnis aus, wenn er

gläubt, sie durch solche plumpe Manöver fügen zu müssen. Die reaktionäre Presse muß sich natürlich so dumm stellen, als gläubte sie an die Echtheit dieses polizeilichen Kleinberauschtes. Die „Tägliche Rundschau“ z. B. fügt hinzu:

„Es ist daher vaterländische Pflicht jedes einzelnen von uns, auch seinerseits die Behörden bei Verhinderung und Verfolgung strafbarer Schriften Verteilung mit allen Kräften zu unterstützen und etwaige Wahrnehmungen den Polizeibehörden oder Polizeibeamten sofort mitzuteilen, um durch Festnahme der Verbreiter von verheerend wirkenden Flugblättern, der feindlichen Agenten usw. der Aufwiegeltätigkeit unserer Gegner wirksam entgegenzuarbeiten“.

Und in dieselbe Kerbe haut der „Vorwärts“. Er tut zwar so, als würden auch die Seinen unter den Missetätigen vermutet, was ihm kein Mensch glaubt. In diesem Zweck hält er sich wohl an Nr. 3 der Spießarbeit, wo von Uraubern, die schon Sozialdemokraten sind, die Rede ist. Dann aber redet auch der „Vorwärts“ seine teutonische Männerbrust und verlangt gleich den bürgerlichen Reaktionen:

„Wer trotzdem an die Möglichkeit solcher Zusammenhänge glaubt, hat sicherlich die Pflicht die Behörden vertraulich auf sie aufmerksam zu machen, damit den Spuren bis zu ihrer vollständigen Aufdeckung nachgegangen werden kann“.

Dem Staatsanwalts-Genie, das hier im „Vorwärts“ sein Wesen treibt, genügt also schon die Möglichkeit solcher Zusammenhänge, wie sie der Spieß aus seinen Fingern gezogen hat, um Jedermann, besonders natürlich die „Vorwärts-Leser“ zu „vertraulichen“ Denunziationen — auf bloße Vermutung hin — zu verpflichten: Regierungssozialisten in ihrer Würde als Regierungs-Polizisten!

„Sie bleibt eine Kriegspartei...“

Die deutschen Mehrheitssozialisten versuchen so gern die Verantwortlichkeit für die Kriegspolitik von sich abzuweihen. Am beliebtesten ist dabei das Schlagwort, daß sie die Kriegskredite nicht der Regierung, sondern dem Volk bewilligen. Ueberall, wo man sich noch einen offenen Sinn für die Verwertung von Taten und Worten bewahrt hat, verlangen solche Phrasen natürlich nicht. So schreibt „Der Volk“ im Anschluß an den Bericht über die letzte Kreditbewilligung im Reichstag, nachdem es den guten Willen der deutschen Regierung, mit Belgien zu einer Verständigung zu gelangen, ironisiert und mit der „Verständigung“ im Osten verglichen hat:

„Die Worte, die von den Machthabern gesprochen und Tag für Tag durch ihre Taten verleugnet und kraftlos gemacht sind, genügen, um die politische Unterstützung durch die Sozialdemokratie zu verurteilen. Sie (die Mehrheitspartei) denkt nicht daran ihre Mitwirkung einer Kriegsführung zu entziehen, die sie, selbst nach dem jetzt geschlossenen Frieden vor Brest-Litowsk, noch immer als einen Krieg zur Verteidigung des deutschen Volksbestandes auszugeben wagt. Auch nach diesem Frieden, der von ihren eigenen Vertretern mehrfach als eine Vergeßlichkeit der geschlagenen Gegner gekennzeichnet wurde, bewilligt sie die Mittel zur Fortsetzung und eskaliert damit die Regierung. Sie bleibt eine Kriegspartei und mitschuldig an den imperialistischen Kriegsplänen.“

„Der Volk“ sagt dann noch, daß wiederum nur in der Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die vom Genossen Bernstein verlesen wurde, die Stimme des Sozialismus zu hören war. Die Kritik der Mehrheitspolitik ist scharf, aber sie trifft den Nagel auf den Kopf. Ein Ausweichen gibt es hier nicht. Die Kreditbewilligung bedeutet weit mehr als die Regierungsozialisten wahr haben wollen. Sie kennzeichnet die Reden der David und Scheidemann im Reichstag als das, was sie in Wahrheit sind, als leere Deklamationen.

Die Stellung der U. S. V. zur Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.

Vielmehr wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbstständigkeit der Mitglieder mißachten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.

Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Berlin, 16. 4. 1918.

Dieser Erklärung wird man nur zustimmen können, drückt sie doch aus, was auch wir in unserm

Blatt wiederholt zum Ausdruck gebracht haben. Der von der Generalkommission abhängige Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts“, Herr Wissel, begleitet den Ruf der Zentralkommission mit einigen beachtenswerten Worten. Er schreibt, der Ruf stehe auf einer gewissen Entfremdung schiefen. Es sei uns die Luft vergangen, nach den Niederlagen auf politischem Gebiete, bei den Gewerkschaften das gleiche Experiment zu wiederholen, wie in der politischen Organisation. Innerhalb der Gewerkschaften Kritik zu üben und auf Änderungen zu dringen, stände den Gewerkschaftsmitgliedern frei.

Wie gnädig Spaltungstendenzen seien Unfug und ein Unglück, man müsse aber darauf ein wachsames Auge haben.

Wäre nach der in dem Ruf entwickelten Logik auch in der politischen Organisation Verfahren worden, wären die schweren Schädigungen der Spaltung vermieden worden. Wie väterlich das klingt!

In der politischen Organisation handelte es sich darum, das Klasseninteresse des Proletariats im politischen Kampfe nach wie vor in einer Politik zum Ausdruck zu bringen, die einer klaren entschiedenen sozialdemokratischen Auffassung entspricht. Mit dem Augenblick, da eine wirklich sozialistische Politik verlassen wurde, mußten alle wirklichen Sozialdemokraten zusammengehen und diejenigen allein lassen und sogar bekämpfen, die Nationalisten und Imperialisten geworden sind und eine Politik verfolgen, die sich an die herrschenden Klassen anlehnt und mit ihnen Hand in Hand arbeitet. In den Gewerkschaften sucht die Generalkommission die gleiche Versöhnungstendenz geltend zu machen und ihr mit Hilfe vieler Gewerkschaftsleitungen den Charakter der Hirt-Tunderschen Gewerkschaften zu geben. Dadurch aber werden die freien Gewerkschaften ihrer eigentlichen Aufgabe als Kampforganisationen entzogen, zu reinen Unterhaltungsorganisationen herabgewürdigt und einer Politik dienlich gemacht, die sich eingliedert in den heutigen Staat, und der doch nur ein Klassenstaat sein kann. Gegen diese Verformung der Gewerkschaften Front zu machen und für Demokratisierung derselben zu wirken, ist die Aufgabe der Gewerkschaftsmitglieder. Den Kampfsgeist zu heben, die Mitglieder mit sozialistischem Geist, mit Klassenbewußtsein zu erfüllen, ist eine notwendige Aufgabe. Diese Aufgabe zu lösen, ist nur in den Organisationen selbst möglich. Geviß haben viele Gewerkschaften heute noch Einrichtungen, die den Mitgliedern das Bestimmungsrecht beschränken und den Vorständen große Machtvollkommenheiten einräumen. Aber hiergegen den Kampf aufzunehmen, ist wichtiger und auch mutiger, als diesem Kampfe sich durch Austritt zu entziehen.

Sind die Mitglieder in den Gewerkschaften auf dem Posten, so muß es gelingen, einen größeren Einfluß auf die gesamte Gewerkschaftspolitik zu erlangen und eine Führung zu erreichen, die den proletarischen Interessen auch voll und ganz gerecht wird. Zähigkeit und Ausdauer muß auch hier zum Ziele führen, sind es doch die Arbeiter selber, die erst die Organisation ausmachen.

Karl Marx zum Gedächtnis.

Am 5. Mai dieses Jahres jährt sich zum 100. Male der Tag, an dem der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus und Hero der proletarischen Internationale das Licht der Welt erblickte. Ueberall, wo Herzen für die sozialistische Heilsbotschaft schlagen, wird dieser Tag Beachtung finden. Auch die zur Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands haltende Arbeiterschaft Groß-Verlins wird sich der Bedeutung eines Karl Marx an diesem Tage mehr denn sonst bewußt werden.

Aus Gründen, die mit der Lokalfrage zusammenhängen, kann die Arbeiterschaft Groß-Verlins ihre Marx-Gedächtnisfeier erst am Mittwoch, den 8. Mai, abhalten. Da ein großer, mehrere Tausend fassender Saal zurzeit nicht zur Verfügung steht, wird die Feier auf drei Lokale verteilt werden.

Die Feier, die, den Zeitverhältnissen entsprechend, nur in einem bescheidenen Rahmen vor sich gehen kann, wird neben dem Festvortrag Gesang der Arbeiterfänger und Rezitationen und Dichtungen bringen, die der Bedeutung des Tages angepaßt sind. Als Festredner sind gewonnen worden die Genossen Karl Kautsky und Eduard Bernstein, die beide noch in persönlichen Beziehungen zu dem lebenden Karl Marx gestanden haben, sowie der Genosse Reichstagsabgeordneter Emanuel Wurm.

Von den Parteigenossen und Parteigenossinnen wird erwartet, daß sie schon jetzt eine rege Werbetätigkeit für diese Gedächtnisfeier entfalten. Nicht

Zum 1. Mai.

Wir grüßen dich, du Tag des Maien;
ob auch die Kriegesfadel loht,
du kündest uns das Morgenrot:
Symbol des Starken, Schönen, Freien.

Dein Wehen wird auf's neu' uns Trost verleihen,
nach dem wir hungern, wie nach gutem Brot.
In dieser Zeit der Qual und Not,
soll uns nicht Hatzgesang den Tag entweihen.

Erweck' auf's neu den Mut, den alten,
der in den Wern schon so oft gesprüht;
zu neuem Mut laß alte Treue walten.

Der Hoffnung Sonne, die urewig glüht,
verjagt die Wolken, die sich finster ballten;
daß nach dem Sturm uns neues Leben blüht.

Otto Meier.

Berliner Stadiverordneten-Wahlen.

Mit Kriegseintritt wurden den Gemeinden zahllose neue Aufgaben zur Ausführung überwiesen. Für die vielen Beschlüsse des Bundesrats zur Durchführung der Kriegswirtschaft bildeten in letzter Linie die Gemeinden die ausführenden Organe, wenn sie auch dabei nicht allzuviel zu sagen hatten. Soweit aber die Gemeinde ein Bestimmungsrecht hatte, zeigte sich die Notwendigkeit einer kräftigen Arbeitervertretung in den Rathhäusern zur Evidenz. Zu den Reichsunterstützungen der Kriegerfamilien hatten die Gemeinden Zuschläge zu leisten. Und wenn speziell in Berlin die Zuschläge im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden höhere sind, so haben nicht zuletzt die sozialdemokratischen Vertreter daran einen starken Anteil. Um die Frage der sogenannten Bedürftigkeit wurden lebhaft Debatten geführt und mancher heftige Angriff gegen engherzige Stadträte mußte von uns erhoben werden mit dem Erfolg, daß auf dem Gebiete des Unterstützungswesens eine etwas weitherzigere Auslegung Platz griff. Das gilt auch für die Mietshilfe. In neuerer Zeit ist aber, veranlaßt durch die großen Ausgaben für diese Zwecke, trotz erhöhter Reichshilfe, wieder eine größere Knauferigkeit eingetreten und darum muß

widerum Einspruch erhoben werden gegen das Bestreben, die Familien unter der langen Dauer des Krieges und den dadurch erhöhten Aufwendungen leiden zu lassen.

Die Ernährungsfrage spielt auch in der Gemeinde eine große Rolle. Wohl sind der Gemeinde auf diesem Gebiete die Hände gebunden; denn sie kann an die Bevölkerung nicht mehr Lebensmittel zuteilen, als sie selber zur Verteilung zugewiesen erhält. Gerade deshalb haben die sozialdemokratischen Vertreter keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um die Ernährungswirtschaft zu geißeln und dem sehnlichsten Wunsch der Bevölkerung nach baldigem Frieden beredten Ausdruck zu verleihen.

An der immer schlechter werdenden Massenpeisung wurde wiederholt Kritik geübt. Leider mußte festgestellt werden, daß diese Speisung auch teurer geworden ist. In dem Ernährungsbeirat, der sich mit der Verteuerung zu beschäftigen hatte, stimmte der Vertreter der Abhängigen der beantragten Verteuerung von 40 auf 50 Pf. zu, während der Vertreter der Unabhängigen dagegen stimmte. Das wurde im Plenum der Stadiverordnetenversammlung einwandfrei festgestellt. Und wenn auch bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum die Fraktion der Abhängigen gegen die Verteuerung stimmte, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Verteuerung im vorbereitenden Stadium durch die Haltung des Vertreters der Abhängigen erst möglich wurde. Das gleiche trifft auf die Gasverteuerung zu. Im vorbereitenden Stadium für die Erhöhung, in der Endabstimmung dagegen, war die Taktik der Abhängigen.

Man ging dort von der Auffassung aus, daß durch die Verteuerung der Rohmaterialien eine Verteuerung der Produkte erfolgt sei und daß diese Verteuerung von den Konsumenten getragen werden müsse.

Die Vertreter der Unabhängigen Fraktion konnten diesen Standpunkt nicht teilen. Die Verteuerung der Produkte sei eine Folge des Krieges. Es sei nicht angängig, den Einwohnern ohne weiteres diese Kosten aufzubürden, ganz abgesehen davon, daß die Gaswerke in den letzten 10 Jahren mehr als 10 Millionen Mark Ueberschüsse gebracht hätten.

Die Mehrausgabe durch die Verteuerung der Rohprodukte müsse auf das allgemeine Kriegskonto geschrieben werden, zu dessen Deckung auch das Reich heranzuziehen sei.

Eine Massenpeisung sei zu begrüßen, wenn alle Bewohner an derselben teilnehmen müßten ohne jede Ausnahme. Wenn alle aus einem Topfe essen müßten, wenn die Lebensmittel nur in sofort genießbarem Zustande verteilt würden, wenn niemand andere Lebensmittel seines großen Portemonnaies wegen kaufen könne, dann wäre eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel gegeben, dann aber würde die Massenpeisung eine bessere werden und der Krieg würde auch am längsten gedauert haben.

Einer Erhöhung des Wasserpreises hat die Fraktion der Unabhängigen mit Entschiedenheit widersprochen. Sie wurde von dem Redner der Abhängigen noch verhöhnt, weil die Fraktion der Abhängigen sich für die Erhöhung des Wasserpreises ins Zeug legte. Die Erhöhung des Preises für das Wasser würde von den Hausbesitzern getragen. Die Verteuerung der Rohprodukte und die Erhöhung der Löhne machten die Verteuerung zur Notwendigkeit. Unsere Genossen bekämpften diesen Standpunkt. Die Wasserlieferung sei ein Gebot der öffentlichen Gesundheitspflege. Da scheide der Gesichtspunkt der Rentabilität der Wasserwerke aus. Und wenn auch der erhöhte Wasserpreis zunächst vom Hauswirt gefaßt werde, so rege er doch in einer Zeit wie der jetzigen, mit ihrer Tendenz der aufsteigenden Mieten, zu einer größeren Mietssteigerung an, und dazu könne die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion im Interesse der breiten Massen der minderbemittelten Bevölkerung die Hand nicht bieten.

Und als es gar Ende März zur Abstimmung über den Gesamtetat kam, stimmte die Fraktion der Abhängigen für denselben, obwohl sie ein Jahr vorher gegen den Etat stimmte, weil er die die große Masse belastende Erhöhung des Gaspreises enthielt. Dabei war die diesmalige Gaspreiserhöhung noch höher als die vorjährige.

Das ist keine zielklare Politik von Sozialdemokraten.

W. T. B. in Bildern.

Unter dieser Ueberschrift fanden wir kürzlich im regierungsozialistischen „Lübecker Volksboten“ folgende durchaus zutreffende Ausführungen:

Wenn man in den letzten Nummern des Simplizissimus die Bilder über die Zustände in Rußland und die russische Revolution mit den Schauermedungen des Wolffsbureaus über die Grausamkeiten der Roten Garde vergleicht, könnte man leicht versucht sein, zu glauben, das einstmals unbefristete gute deutsche Satirorgan sei heute nur noch eine Bildausgabe des halbamtlichen Depeschsbureaus. Aber das soll hier nicht behauptet werden. Ich will nur als Deutscher bekennen: Ich schäme mich für mein Land vor dem Ausland, daß sich unter dem Volke der Dichter und Denker Künstler finden, die eine Bewegung von der Tragik und Größe der Selbstbefreiung des russischen Volkes derart zum Gegenstand unanständiger Verhöhnung machen, wie es seit einiger Zeit im Simplizissimus geschieht.

Es gab einmal eine Zeit — es dünkt heute lange her — da vermochten die Zeichner des erwähnten Witzblattes sich immerhin mit Geschmack und Erfassungsgabe an großen Gegenständen zu reiben, und man war zu dem Glauben geneigt, daß die sprichwörtliche Weltfremdheit der meisten Künstler in politischen Dingen durchaus nicht Normalfall zu sein brauche. Unter dessen ist — vielleicht gehört dies zum Krieg als geistige Wirkung! — schwarz weiß geworden. Die heftige Satire, die die Mannen des Simplizissimus früher an mancherlei Erscheinungen und politischen Tendenzen bis zur Verfolgung hinter die schwebenden Gardinen übten, ist wie nie gewesen. Und nun haben sie ihre Kunst in patriotische Dienste gestellt, was etwas anderes ist, als wenn man es mit der Muskelkraft tut. Aber die Kunst! Darüber, ob man die Kunst in den Dienst des Patriotismus stellen kann, wird nach den Erzeugnissen dieses Krieges ein Urteil zu fällen sein, und es wird nicht zugunsten der deutschen Kunst ausfallen.

Die Kunst dient unmittelbar nur sich selber, sie wirtet nur durch sich; ihre Macht liegt im Unbeschränkten. Vor allem aber die Satire, die freieste der Künste, braucht die Freiheit und Unbeschränktheit des Denkens in vollstem Maße. Die Unbeschränktheit der Idee und des Gedankens scheint aber innerhalb des Simplizissimus, soweit die Zeichner in Betracht kommen, von einer starken nationalen Beschränktheit abgelöst worden zu sein. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß die fraglichen Satiriker ein Geschicknis, wie die russische Revolution, verunglimpfen können. Dieses Geschicknis, dessen Grausamkeit gegen die bestialischen Blutorgane des Weltkrieges eine Bagatelle ist und das letzten Endes doch ein Ziel erreicht hat, was man vom Weltkriege bis jetzt nicht sagen kann,

nämlich die Befreiung eines bis aufs Blut gepöhlten Volkes aus Niedrigkeit und Schmach.

Einmal gab es eine Zeit, da das freiheitliche deutsche Bürgertum und dessen kritisch-intellektueller Dolmetsch auf dem Gebiete der Satire, eben der Simplizissimus, für die Freiheit des bedrückten russischen Volkes gegen den Zarismus Partei ergriff. Seitdem aber das russische Volk frei ist, seine Freiheit nach eigener Idee und nicht nach deutsch-bürgerlichem Muster ausgestalten will, hat sich manches geändert, was allerdings ein Kapitel für sich bilden kann. — Die Maßstäbe sind plötzlich andere geworden; es scheint fast, als ob Menschen an großen Aufgaben wachsen, an kleinlichen aber leicht das Rückgrat brechen. So ist es auch mit dem Simplizissimus: Einmal hatte er eine große Aufgabe, an der seine Kraft wuchs. Als der Krieg kam und mit ihm die natürliche Beugung des freiwaltenden Gedankens, hätte er erklären sollen: Auf Wiedersehen, wenn meines Reiches Herrschaft wieder gilt. Dann hätte man Achtung vor ihm haben können. So aber kann man nur bedauern, daß ein einst so rühmliches Beginnen ein so unrühmliches Ende fand.

Was hier mit vollem Recht von den Bildern des „Simplizissimus“ gesagt wird, trifft auch auf den textlichen Teil zu. Auch hier überwiegt die nationalistische Beschränktheit in Vers und Prosa. Ja doch auch ein Ludwig Thoma, der Dichter der „Moral“ und so vieler gepfeffterter und ins Schwarze treffender „Großheiten“ ein verbissener Alideutscher geworden und bedankt alle, die nicht mit ihm des gleichen Schwertwillens sind, mit seiner Grobheit, die nichts Befreiendes mehr an sich hat.

Ueberhaupt liefern die Witzblätter das traurigste Kapitel in der Zeitungs-geschichte des Weltkrieges. Sie sind — haben wie drüben — ein Nährboden für Völkerverhaß, Kriegsgraus und gefährliche Illusionen. Sie haben die einseitig-ostjüdische Kriegsbetrachtung, wie sie das W. T. B. tagtäglich vermitteln muß, in Wort und Bild der großen politisch urteilslosen Masse, die zu ihnen greift, erst recht sinnfällig eingetrichtert und ein nationales Pharisäertum gezüchtet, das den Wiederaufbau einer umfassenden Menschheitskultur ungeheuer erschweren wird.

Die Verkrüppelung der satirischen Kunst, wie sie hier am Simplizissimus gezeigelt wird, ist auch bei der Münchener „Jugend“ zu beobachten, die allerdings schon vor dem Kriege in nationalliberalen und alideutschen Farben schillerte. Ebenso horniert und innerlich unwahr ist die Satire, wie sie in dem Witzblatt, das auf den geistigen Habitus der Berliner Bourgeoisie zugeschnitten ist, den „Lustigen Blättern“, mit Stift und Feder zur Welt gebracht wird. Hier ist die am „Simplizissimus“ gezeigte Verunglimpfung der russischen Revolution noch um einige Grade plumper. Als solnerzeit die Lebensmittel-diktatur Batockis ge-

schaffen wurde, da suchten die Satiriker der „Lustigen Blätter“ dem gutgläubigen Michel zu suggerieren, daß jetzt für ihn ein Sclammerleben beginnen werde, bis er nur zu schnell um eine Illusion ärmer wurde. Neben dieser hohlen Satire bringt das Blatt auch noch das patriotisch-sentimentale Versgelingen seines Hausdichters Rudolf Presber, der beim Kronprinzen eine sehr gute Nummer haben soll; von Freiheit und Unbeschränktheit der satirischen Kunst kann da freilich keine Rede sein.

Früher galt der „Kladderadatsch“ als das beste und geistvollste Witzblatt des Liberalismus. Wer ihn in dieser Kriegszeit aufschlägt und seine Vergangenheit nicht kennt, kann ihn für eine illustrierte und humoristische Beilage des Revolutionsblattes halten. Nummer für Nummer wird hier die klügste England- und Wilsonfresserei veranstaltet, die grauliche Weltkatastrophe nur durch die Brille des wildgewordenen alideutschen Oberlehrers und politisch analphabetischen Philisters betrachtet.

Der Regierungsozialismus aber hätte nötig, in punkto Satire vor seiner eigenen Tür zu kehren. Denn was davon in seinem Witzblatt, dem „Wahren Jakob“ verzapft wird, ist in künstlerischer und geistiger Hinsicht noch blöder als der Witz der bürgerlichen Blätter. Schon vor dem Kriege war der „Wahre Jakob“ das Schmerzenskind der sozialdem. Partei, während des Krieges ist er unter seinem sozialpatriotischen Redakteur zu einer Art Bildersibel des W. T. B. geworden. Die satirische Behandlung der Wegner bewegt sich auf dem Niveau engstirniger Bierhant-Kannegießerei, der auch die Platteiten entsprechen, mit denen hier und da Kriegsgewinnler, Bourgeoispropheten usw. bedacht werden. Keine Spur sozialistischer Verständnisses wohnt dieser Satire inne, die der dem Regierungsozialismus inwohnenden Tendenz zu nationaler Massenverblöding Vorstoß leistet und wohl auch leisten soll.

Verwahrlost sind freilich nicht nur die Witzblätter, sondern auch die anderen illustrierten Zeitungen. Konnte man doch sogar in der „Neuen Welt“ in einem Artikel über französische Wandermaler den Satz lesen: „Der Stolz von Jahrhunderten zerbrach in wenigen Tagen. Die städtischen Wahrzeichen, die standhaft Wind und Wetter von Jahrhunderten getrotzt, vermochten dem Granatensturm nicht zu widerstehen. Wie unsere Heeresberichte verkünden, sind es die Gegner gewesen, die diese Zerstörungen verursachten.“ Womit auch dieses sozialdemokratische Organ der geschichtlichen Gerechtigkeit Genüge getan hat.

Im „Volke der Denker und Dichter“ beherrscht der Geist des W. T. B. die Kunst, die öffentliche Meinung, die Politik, die Weltanschauung. Die Annexion des Geisteslebens durch das Offizientum ist eine der gefährlichsten Annexionen; gegen sie gilt es mit allen Mitteln und auf allen Gebieten anzukämpfen.

